

6.2.2014

Dr. Hagen

Tel. 4746

Frage Nr. S04

**Vorlage für die Sitzung des Senats am 18.2.2014**

**„Streichung der kostenlosen Mailadresse bremen.de“**

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Bürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Weshalb wird das bisherige Angebot einer kostenlosen E-Mail-Adresse „@bremen.de“ gestrichen, obwohl der Senat noch im April 2012 verlautbarte: „Für die Zusammenarbeit mit einem neuen Kooperationspartner stand vor allem der Erhalt der kostenfreien Basis-Mail im Fokus“?
2. Inwiefern steht der Wegfall der kostenlosen Basis-Mail zum 20. Januar 2014 in Zusammenhang mit der Verbilligung des Beitrags für Business-Kunden, die im April 2012 vorgenommen wurde?
3. Wie bewertet der Senat im Lichte der Debatte um Armutsbekämpfung und soziale Spaltung die Tatsache, dass ein bislang von über 10.000 Bremerinnen und Bremern genutztes Angebot einer kostenlosen Teilhabe am E-Mail-Verkehr ersatzlos wegfällt?“

Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

**Zu Frage 1:**

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen möchte es den Bremer Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, eine E-Mail-Adresse mit der attraktiven Endung „bremen.de“ zu nutzen. Dazu ist sie auf Kooperationspartner, die das entsprechende technische System betreiben, angewiesen.

Durch Sponsoren war es bisher möglich, dass Bürgerinnen und Bürger auch eine kostenlose E-Mail-Adresse angeboten werden konnte. Der erste Sponsor hat allerdings sein Engagement 2012 beendet. Die dafür zuständige Gesellschaft bremen.online GmbH hat deshalb einen neuen Anbieter gesucht, auch mit dem ausdrücklichen Ziel, ein kostenloses Weiterangebot zu ermöglichen. Dazu war nur ein Anbieter bereit.

Im letzten Jahr hat dieser Anbieter mitgeteilt, dass er zu einem weiteren Sponsoring der kostenfreien E-Mail-Adressen nicht mehr bereit ist. Eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln kommt für den Senat angesichts der Haushaltslage jedoch nicht in Betracht.

**Zu Frage 2:**

Das Geschäftsmodell zum Betrieb der Bremen-Mail liegt in der Verantwortung des Kooperationspartners. Der Senat äußert sich dazu nicht.

**Zu Frage 3:**

Die Erwartungen des Senats, dass das Angebot einer kostenlosen E-Mail von den Bremer Bürgerinnen und Bürger stark nachgefragt wird, sind nicht erfüllt worden. Durch den Wegfall wird die soziale Spaltung nicht verschärft, da es ein sehr vielfältiges Angebot kostenloser E-Mail-Dienste am Markt gibt.